

Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal

Ämliches Verordnungsblatt



Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark
mit der Beilage „Christliche Familie“
2.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung“
erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowitsch, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Pelt, 46
mm breit) oder deren Raum 80 Pfg.
die zweispaltige (Pelt, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark.
Ständige Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden.
Druck und Verlag: Carl Simonowitsch, Steinheim i. Westf.

Ar. 42.

Steinheim, Dienstag, den 12. April 1921.

23. Jahrgang.

Geflügelzucht.

In wenigen Jahren ist wohl zum allgemeinen Schaden so viel Dilettantismus zu finden, wie in der Geflügelzucht. Um diesem Uebelstand abzuwehren, wurde im Dezember 1920 in Leipzig der Verband der Erwerbsgeflügelzüchter gegründet, der sich als Sondergruppe des Vereins deutscher Geflügelzüchter angeschlossen. Da alles, was zur Geflügelhaltung und -zucht gehört, ein Hauptarbeitsgebiet der Frauen darstellt, haben sich die landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine an diesem Verband beteiligt. Sein Zweck ist:

1. Förderung der Geflügelzucht in der Weise, daß die landwirtschaftlichen Betriebe in besondere Eierproduktionsgebiete zusammengefaßt werden sollen. Sie sind hier im großen Ganzen als Geflügelhalter, weniger als Züchter anzusehen. Daher wird nicht nur die Einrichtung von Zentralbrüterei, sondern nach Möglichkeit mit diesen verbunden auch die von Zentralanrichtungsanstalten erstrebt, die nicht Eintagsküken, sondern die Küken erst im Alter von 3-4 Monaten zu liefern. Derartige Versuche sind bereits im vorigen Jahre mit gutem Erfolg gemacht und werden zurzeit fortgesetzt. Die Aussicht, keinerlei besondere Arbeit mit der Aufzucht der Jungtiere zu haben, wird der Geflügelhaltung sicherlich manche neue Freunde einbringen, denn am Futter fehlt es den Landfrauen meistens nicht für die großen Tiere, wohl aber an Zeit, sie erst einmal groß zu ziehen.

2. Widmet sich der Verband der Erwerbsgeflügelzüchter der Ausbildung von Personal, die nicht gründlich und sachgemäß betrieben werden kann. Der hierfür vorgesehene Lehrplan sieht eine Lehrzeit von 3 Jahren für junge Mädchen oder Burken von 14 Jahren vor, die je nach Alter, Bildung und Vorkenntnissen gegebenenfalls bis auf ein Jahr ermäßigt werden kann. Danach erfolgt eine Gehilfenzeit von 2 bis 3 Jahren mit Abschluß des Meisterexamens, auf die nach einjähriger Meisterfähigkeit eine Anstellung zur Prüfung als Zuchtinspektor erfolgen kann, nachdem ein dreimonatlicher Lehrgang an einer staatlichen Lehranstalt abgeleistet wurde. Für ältere Bewerber sind besondere Ausbildungsbedingungen festgelegt.

Die dem Reichsverband landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine (Geschäftsstelle Berlin SW. 11, Dönhofsstr. 30) angeschlossenen Hausfrauenverbände zählen an die Erwerbsgeflügelzüchtervereinigungen einen Jahresbeitrag von 200 M. Selbstverständlich werden auch Einzelpersonen aufgenommen, die damit alle Vorteile der Klubmitgliedschaft genießen. Alle Anfragen und Anmeldungen sind zu richten an den Klub deutscher Geflügelzüchter in Berlin SW. 30, Steinmetzstr. 2.

Ministerpräsident Stegerwald.

Ein Geschäftsministerium in Preußen.

Der preussische Landtag hat am Sonnabend den bisherigen Minister für Volkswohlfahrt Stegerwald (Ar.) zum Ministerpräsidenten gewählt.

Nachdem acht Wochen hat sich das preussische Parlament mit der Wahl des Ministerpräsidenten Zeit gelassen. Der Ausfall der Landtagswahlen am 20. Februar hatte, wie zu erwarten war, zu der Regierungskrise geführt, für die man bis heute noch keine endgültige Lösung gefunden hat. Wochenlang haben sich die Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteien hin und her gezogen, ohne daß die Regierungsbildung auch nur um ein Geringes gefördert worden wäre. Einerseits weigerten sich Zentrum und Demokraten, die alte Koalition mit den Reichssozialisten allein fortzusetzen, auf der anderen Seite lehnte die Sozialdemokratie ebenso hartnäckig eine Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung ab. Alle Vermittlungsversuche zerschlugen sich, inzwischen kamen die Oppositionen. Nach den Feiertagen wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen; nach langem Hin und Her einigten sich die alten Koalitionsparteien schließlich darauf, einen Ministerpräsidenten zu wählen, der den Rechten des Zentrums entnommen wird und völlig freie Hand für die Bildung eines Kabinetts und einer Regierungskoalition haben soll. Die Zentrumspartei brachte als Ministerpräsidenten den bisherigen Wohlfahrtsminister Stegerwald, der als Zentrumsmann, Arbeiter von Hause und Gewerkschaftsführer als die geeignete Persönlichkeit zur Überbrückung der Parteigegensätze erschien. Die Zustimmung der Sozialdemokraten sicherte man sich dem „Vorwärts“ zufolge durch die Zusage, daß der Gewählte sofort wieder zurücktreten würde, falls ihm die Bildung eines Kabinetts gelänge, die auch die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion finde.

Bei der entscheidenden Wahl am Sonnabend stimmten sämtliche Parteien des Hauses, mit Ausnahme der Kommunisten und Unabhängigen, für Stegerwald. Inzwischen ist damit die Regierungskrise noch lange nicht beseitigt. Der neugewählte Ministerpräsident wird nunmehr neue Verhandlungen mit den

Vertretern der Parteien einleiten, um eine tragfähige Regierung zustandezubringen. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigt Stegerwald, ein Geschäftsministerium zu bilden, für das er allerdings führende Parlamentarier gewinnen möchte. Zunächst wird er sich an seinen Fraktions- und Ministerkollegen im Reichstag wenden, um ihn zu bewegen, das Justizministerium weiter zu behalten. Ebenfalls glaubt er den bisherigen demokratischen Handelsminister Fischel für sein Verbleiben im Amt gewinnen zu können. Den Posten des Finanzministers gedenkt er dem früheren preussischen Verkehrsminister Dejer zu übertragen. Falls die Sozialdemokratie in der Regierung vertreten sein will, soll der Minister des Innern Sebering ersucht werden, in seinem bisherigen Ministerium zu verbleiben. Das Kultus- und das Landwirtschaftsministerium sollen mit Beamten besetzt werden.

Ob diese Mitteilungen in ihrer Gesamtheit zutreffen, läßt sich zur Stunde nicht nachprüfen. Sollten Stegerwalds Bemühungen von Erfolg begleitet sein, so kann es sich bei dem neuen Kabinett nach seiner ganzen Zusammensetzung nur um ein Übergangsministerium handeln, das über kurz oder lang einer Regierung auf fester parlamentarischer Grundlage Platz machen möchte.

Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung sind durch die Wahl des Ministerpräsidenten nicht geringer geworden. Falls ihm seine Aufgabe gelingen sollte, so dürfte er frühestens Anfang der nächsten Woche seine Regierung dem Parlament vorstellen. Wenn sein Versuch jedoch fehlschlagen sollte, was nicht ganz unwahrscheinlich ist, dann wird er dem Parlament seinen Auftrag zurückgeben, und der Landtag wird demnächst zu einer Neuwahl zu schreiten haben.

Nach der Abstimmung.

Nachdem das Abstimmungsergebnis in seiner Gesamtheit günstig für Deutschland ausgefallen ist, geben sich die Polen alle Mühe, dieses Abstimmungsergebnis als einen verkehrten Ausdruck der wahren Volkseinstimmung in Oberschlesien hinzustellen und es als unter deutschem Druck entstanden zu bezeichnen. Wer die politischen Verhältnisse kennt, wer den Terror der Polen und ihre ganz unglaubliche Geze, ihre Völgerei beobachtet hat, der wird den Polen freilich nicht den Gefallen tun, auf die neue Verordnungsliste nach der Wahl hinzuweisen. Und auch da draußen in der sonst Deutschland nicht gerade günstig gestimmten Welt hat man durch neutrale und andere Berichterstatter doch zu viel von der politischen Abstimmungssche und der Art ihres süßlichen Wahlschmeckes gehört, als daß man ihrem Entstellungsgeschrei glauben würde, wenn es nicht von anderen Stellen Unterstützung fände. Und diese Unterstützung scheint den Polen auch nicht vorzuenthalten zu werden.

Das Deutschland Oberschlesiens und das zu Deutschland haltende Polen des Landes hat vor der Abstimmung immer wieder Klage darüber führen müssen, daß in Oppeln, dem Sitz des Königs und der ganz unter französischem Einfluß stehenden internationalen Abstimmungskommission, mit zweierlei Maß gemessen würde. Verbote und Strafen wie auch die Ausweisungen waren für die Deutschen jederzeit da, für die Polen gab es solche Abfertigungsmittel nicht, wie auch die Grenze gegen Polen nicht entfernt so sicher geschlossen war wie gegen Mittelschlesien, also gegen Deutschland. Der krasseste Fall des Schutzes polnischer Interessen liegt vor aller Augen in der Unterbrechung des Gerichtsverfahrens gegen die Mörder des deutschfreundlichen Polen Kupka in Oppeln. Die Oppelner Instanz hat die Schwurgerichtsverhandlung, von der ganz Oberschlesien eine schwere Belastung für die polnische Abstimmungpropaganda erwartete, durch die Beschlagnahme der Akten unmöglich gemacht. Daraus kann jeder, auch das Ausland, lernen, wer in der ober-schlesischen Abstimmungszeit an der Entfaltung seiner Kraft gehindert wurde, der Deutsche oder der Pole.

Jetzt, nach der Abstimmung, spricht die polnische Geze von deutschem Terror, von deutscher Völgerei, und findet die vorgenannte Unterstützung. Die von Oppeln ausgehenden Verbote deutscher Zeitungen sollen den Anschein erwecken, als ob die Polen mit ihrem Geschrei von der deutschen Geze und dem deutschen Terror im Rechte seien, und die Prozesse gegen die deutschen Redakteure bedeuten einen Hieb in dieselbe Kerbe. Wenn man deutsche Redakteure vor dem Oppelner Sondergericht schon zu Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie in gutem Glauben die durchaus glaubhafte Nachricht vom Schließen der Warschauer Borse brachten, dann dürfen die polnischen Redakteure sicherlich auf lebenslängliches Zuchthaus rechnen, wenn einmal die Reihe an sie kommt, womit aber nach menschlichem und Oppelner Ermessen nie zu denken ist. Was ist beispielsweise mit den polnischen Redakteuren geschehen, die die Völgerei kurz vor der Abstimmung brachten, in Berlin wolle man die Wiedereinführung der zweijährigen Dienstzeit festlegen? Und das ist nur eine von den tausenden Lügen vor und nach der Abstimmung, mit denen man im polnischen Lager arbeitet. Da solche Geze ungepönt bleibt, kann mit Recht von zweifachem Maß gesprochen werden, und es ist zu begrüßen, daß die Reichsregierung die Dinge einmal vor aller Welt dargelegt hat.

Politische Rundschau.

— Berlin, 11. April 1921.

— Der Minister des Innern, Dr. Simonowitsch, der sich gegenwärtig in Bern aufhält, wird am Mittwoch wieder in Berlin eintreffen.

— Die sofortige Einberufung des Reichstages fordert der Abg. Bedebour im Namen der D. P. D. in einem Brief an den Präsidenten des Reichstages, um die Verordnung über die Bildung außerordentlicher Gerichte rückgängig zu machen. Außerdem erfordert auch die außerordentliche Lage dringend das Eingreifen des Reichstages.

— Zum Ministerpräsidenten von Mecklenburg wurde mit 36 von 66 abgegebenen Stimmen der Vorsitzende des 12. a. Ministeriums Stellung (Soz.) gewählt. Drei Stimmenten waren unbeschrieben. Dr. Reute-Bloch (D. P.) erhielt 27 Stimmen.

— Die Ernennung des Landrats Dr. Horion zum Staatssekretär für die besetzten Gebiete bestätigt sich nicht. Die Verhandlungen sind an Widerständen unpolitischen Art gescheitert.

— **Zollhoheitwechsel am Rhein.** Nach einer in Mainz eingetroffenen französischen Nachricht wird die Zollhoheit am Rhein am 20. April restlos auf Frankreich übergehen. Als Zollhoheit 53 fe gegen das deutsche Reich sind, in Ausführung der von den Alliierten beschlossenen Sanctionen, folgende Orte bestimmt worden: Werth, Germersheim, Speyer, Albstadt, Worms, Wiesbaden, Groß-Gerau, Gießen, Wetter, Friedberg, Griesheim (Darmstadt), Ober- und Unter-Erlenbach, Griesheim (Frankfurt a. M.), Dels, S. Fein, Weersdorf, Michelbach, Langenscheidt, Langenscheidt, Hausen, Ditz a. d. Bahn, St. Gaudenshausen, S. Gaudenshausen.

— **Überprüfung der Eisenbahntarife.** Die neuen Eisenbahntarife sind eine so starke Belastung der Volkswirtschaft, daß sie nur getragen werden können, wenn sie zur Instandhaltung des Eisenbahnwesens zwingend notwendig sind. Aus Kreisen des Reichswirtschaftsrats wird daher vorgeschlagen, diese Tarifhöhen nur als vorübergehende Zuschläge auf die im Dezember neu festgesetzten Tarife zu betrachten. Die Genehmigung für diese Zuschläge soll nur bis zum Februar 1922 erteilt werden. Das Bureau besteht dieser Tarifhöhen soll dann zwangsläufig in festen Zeitabschnitten überprüft werden. Dazu soll das Reichsverkehrsministerium die nötigen Unterlagen liefern.

— **Überprüfung der Eisenbahntarife.** Die neuen Eisenbahntarife sind eine so starke Belastung der Volkswirtschaft, daß sie nur getragen werden können, wenn sie zur Instandhaltung des Eisenbahnwesens zwingend notwendig sind. Aus Kreisen des Reichswirtschaftsrats wird daher vorgeschlagen, diese Tarifhöhen nur als vorübergehende Zuschläge auf die im Dezember neu festgesetzten Tarife zu betrachten. Die Genehmigung für diese Zuschläge soll nur bis zum Februar 1922 erteilt werden. Das Bureau besteht dieser Tarifhöhen soll dann zwangsläufig in festen Zeitabschnitten überprüft werden. Dazu soll das Reichsverkehrsministerium die nötigen Unterlagen liefern.

— **Die rechtsrheinischen Eisenbahnen.** Zwischen den belgischen und französischen Militärbehörden wird zurzeit verhandelt, ob die rechtsrheinischen Eisenbahnen in Oberhausen-Wesel-Emmerich von den belgischen Truppen besetzt werden soll. Offiziere der internationalen Kommission in Koblenz haben die Strecke in den letzten Tagen kontrolliert und erklärt, daß die nach Holland gehenden Güter sehr erheblich seien. In Oberhausen könnten sie nicht erfasst und der Besteuerung unterzogen werden. Da Antwerpen zurzeit von Deutschland zur Durchfuhr nicht benutzt wird, sind die belgischen Behörden geneigt, auf den französischen Wunsch einzugehen.

— **Der neue Steuerabzug.** Schließlich acht Tage nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Abänderung des Reichseinkommensteuergesetzes gibt das Reichsfinanzministerium jetzt endlich eine Verfügung über die Durchführung des Steuerabzugs nach den neuen Bestimmungen heraus. Mit Wirkung vom 1. April 1921 ab hat danach jeder Arbeitgeber den ständig von ihm beschäftigten Arbeitnehmern bei jeder Lohnzahlung 10 vom Hundert des Betrages einzubehalten, um den der auszahlende Arbeitslohn a) im Falle der Berechnung der Arbeitslohn nach Tagen 4 Mark für den Tag, b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohn nach Wochen 24 Mark für die Woche, c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohn nach Monaten 100 Mark für den Monat übersteigt. Der gleiche Betrag ist abzugsfrei zu belassen für die zur Haushaltung zählende Ehefrau des Arbeitnehmers. Der dem Steuerabzug nicht unterworfen Teil des Arbeitslohn erhöht sich für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohn nach Tagen um 6 Mark für den Tag, b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohn nach Wochen um 24 Mark für die Woche, c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohn nach Monaten um 150 Mark für den Monat. Es sind ferner vom 1. April 1921 ab ohne Rücksicht auf die Höhe des Arbeitseinkommens jeweils nur 10 vom Hundert von dem dem Abzug unterliegenden Arbeitslohn einzubehalten.

Aus Stadt und Land.

**** Widerrechtliche Zurückhaltung deutscher Ausstellungsgegenstände.** Wie verlautet, verweigert Frankreich die Rückgabe der Ausstellungsgegenstände, die von deutschen Städten und wissenschaftlichen bzw. technischen Anstalten zu der im Jahre 1914 in Lyon veranstalteten Städtebau-Ausstellung gesandt waren. Von dieser allen Kulturbegriffen widersprechenden Weigerung werden die Bayerische Landesgewerbeanstalt in Nürnberg und das Goethe-Museum in Frankfurt a. M. u. v. a. betroffen. Die deutsche Beteiligung an dieser Ausstellung war damals auf besondere Einladung der Stadt Lyon erfolgt. Die Rückgabe der deutschen Ausstellungsgegenstände war von der Reichsregierung verlangt worden. Die französische Regierung hat die Weigerung damit begründet, daß die Gegenstände gemäß dem Friedensvertrage liquidiert werden müßten. Der Leiter des Frankfurter Goethe-Museums hat jetzt an den französischen Ministerpräsidenten Briand einen persönlichen Brief gerichtet, und darin zum Ausdruck gebracht, daß es Dinge gebe, die über dem Streit der Völker stehen und durch ihn nicht berührt werden dürfen. Dahin gehörten die Lebenswerke der großen Dichter und Denker. In diesem Sinne richtet das Frankfurter Goethe-Museum die Bitte an den Präsidenten um Aufhebung der Beschlagnahme.

**** Demonstrationen gegen hohe Gewerbesteuern in Hannover.** Die Parteigegegnisse in den städtischen Kollegien haben sich nach den Kundgebungen der Gewerbetreibenden gegen die hohen Gewerbesteuern so verschärft, daß es am Freitag zu großen Demonstrationen kam. Die Sozialdemokraten versammelten auf dem Klagesmarkt wohl an 30 000 Arbeiter, die nach dem Rathaus zogen, wo nach einer Ansprache eine Entschließung angenommen wurde, die dem Oberbürgermeister Leinert übergeben wurde und die eine gerechte Verteilung der Lasten fordert. Abends fanden dann in der Stadthalle und in der Ausstellungshalle statt besuchte Bürgerversammlungen statt, in denen an der Mißwirtschaft der städtischen Verwaltung scharfste Kritik geübt wurde, die von der Sozialdemokratie befürwortete Kommunalisierung verurteilt und besonders die schleunigste Verabschiedung der neuen Städteordnung bezw. die Vornahme von Neuwahlen der Bürgervertreter fordert. Die Versammlungen verliefen ohne Störung.

**** Ein Schwarzwaldort niedergebrannt.** In Sundhausen ist, wie aus St. Blasien gedruckt wird, durch Kinderspiel Großfeuer ausgebrochen. Die Feuerwehren der umliegenden Gemeinden waren machtlos. Dreißig Anwesen sind völlig abgebrannt, darunter die Schule, das Rathaus und ein Pfarrhof. Der Gesamtschaden beträgt vier Millionen Mark. Über 160 Personen sind obdachlos. Eine Hilfsaktion bei der bayerischen Regierung ist eingeleitet.

**** 1922 wieder Überammergauer Passionsspiele.** Nach einem Beschluß des Gemeinderats von Überammergau wird entschieden, daß das Passionspiel im Jahre 1922 wieder aufgeführt werden soll. Die Vorbereitungen für die nächstjährige Spielzeit erfordern infolge der ungeheuren Geldentwertung die für das Bergbauerndorf enorme Summe von zwei Millionen Mark, während der Friedensbetrag hierfür kaum die Summe von 200 000 Mark überschreitet. Nach der langen Spielpause bedarf das Theater, die Bühne, die Garderobe umfassender Ergänzung und Erneuerung.

Spitzen.

Roman von Paul Lindau.

„Nun, eine der am Diebstahl beteiligten Personen. Die frühere Kammerjungfer der Frau Gräfin, eine gewisse Berta Schmider, glaubt, daß sie ihrer Sache nützen werde, wenn sie die Geschichte zu einer Skandalgeschichte macht, möglichst hochgestellte Personen hineinzieht und ihre frühere Herrin, sowie andere zu kompromittieren sucht. Es ist nicht die Aufgabe des Gerichts, der Person dabei behilflich zu sein. Wir haben uns hier in erster Linie nur um den Diebstahl und dessen mutmaßliche Täter zu kümmern. Die Täter sind aber bereits ermittelt. Indessen muß ich, da nur einmal eine Anzeige amtlich zu meiner Kenntnis gelangt ist, das Sachliche festzustellen. Ich werde Euerer Durchlaucht vorlesen, was die Berta Schmider ausgesagt hat. Es wird mir vollkommen genügen, wenn Euerer Durchlaucht mir erklären, daß diese Behauptungen in betreff Ihrer Person unbegründet sind. Ich werde dann auch keine Veranlassung mehr haben, die Frau Gräfin von Sneed, die einstweilen noch gar nicht in vernehmungsfähigem Zustande sich befindet, und die das Dienstbotengeschäft sicherlich sehr aufregen würde, später mit der Sache zu beschäftigen.“

Der Fürst verneigte sich zustimmend, und der Untersuchungsrichter verlas in trockenem, ausdruckslosem Geschäftstone die Angaben der Berta. Ulrich saß während der ganzen Zeit regungslos da. Als der Richter die Vorlesung beendet und das Aktenstück beiseite gelegt hatte, nahm der Fürst das Wort.

„Ich erinnere mich des Abends zufällig sehr genau,“ begann er mit ruhiger und fester Stimme, „da ich an jenem Tage aus Paris hier eingetroffen war und am Abend den Ball beim Baron von Heddersdorf besuchte, auf dem ich die Ehre hatte, mit der Gräfin von Sneed zusammenzutreffen. Da hier der Versuch gemacht wird, den Ruf einer ehrenhaften Dame zu beslecken, so möchte ich es bei der einfachen Erklärung, daß die Kammerjungfer sich geirrt oder gelogen hat, nicht bewenden lassen. Ich halte es vielmehr für meine Pflicht, nachzuweisen, daß ich an jenem Abend nicht im Palais gewesen sein kann, und das wird mir sehr leicht gemacht. Ich habe den Ball beim Baron von Heddersdorf kurz vor eins verlassen — gleichzeitig mit dem Herrn Landgerichtsdirektor Hillstädt, der mich in der Garderobe noch netzte, daß ich so früh ging. Herr Hillstädt zog die Uhr... das war zehn Minuten vor eins; Herr Landgerichtsdirektor Hillstädt wird sich dessen ganz genau erinnern. Da ich noch die Reiseschmucke in mir spürte, ging ich trotz des schlechten Wetters zu Fuß, um mich aufzufrischen. Ich hatte mich mit verschiedenen jungen Leuten bei Kroll verabredet. Da war der erste öffentliche Winterball. Als ich in dieloge trat, wurde ich sehr freundlich begrüßt, und eine der anwesenden Damen beklagte sich in liebenswürdiger Weise darüber, daß ich so spät komme. Eben hatte mich der Herr Landgerichtsdirektor darüber gekränkt, daß ich so früh ging, und jetzt beschwerte man sich, daß ich so spät käme — der Widerspruch amüsierte mich, und wie ich eben gesagt hatte, es sei gar nicht mehr so früh, so sagte ich jetzt, es sei noch gar nicht so spät, und bekräftigte das.

**** Wohnungsnot der deutschen Studenten in Graz.** An der Grazer Universität haben sich in den letzten Tagen zahlreiche reichsdeutsche Studenten einschreiben lassen. Infolge der Wohnungsnot konnten aber die Studenten nirgends untergebracht werden. Der Rektor der Universität hat deshalb den Senatsaal der Universität den wohnungslosen Studenten zur Verfügung stellen lassen. Der Rektor hat sich in einem Aufruf an die Bevölkerung gewandt, den deutschen Studenten Unterkunft zu schaffen.

**** Fünf Millionen Staatsgelder unterschlagen.** Die Wiener Polizei verhaftete den Expeditionsbeamten Paul Freilich, der durch Zollschlebereien den Staat um fünf Millionen Kronen geschädigt und das Geld im Turf und Hazardspiel verloren hat. Gleichzeitig wurden noch weitere fünf Personen verhaftet, die an den Schwindeleien beteiligt waren.

**** Politischer Terror ohne Ende.** In Zabrze wurden drei Männer von einem Maschinenarbeiter beobachtet, die den vorübergehenden Abocanten zuriefen: „Wir sind von der „Bojowka Polska“, wobei sie eine Handgranate abzugeben versuchten. Einer der drei Männer konnte später von den Abocanten festgenommen werden. Es stellte sich heraus, daß der festgenommene ein Angehöriger der „Bojowka Polska“ ein gewisser Potempa, ein langgeachteter Schwerverbrecher ist.

**** Großfeuer in der Lausanner Mustermesse.** Am Donnerstagabend zerstörte ein Großfeuer das Gebäude der schweizerischen Mustermesse in Lausanne (Schweiz). Alles brennbare Material verbrannte. Der Schaden wird auf 500 000 Francs geschätzt.

Vivianis Mission.

Das französische Liebeswerben um die Vereinigten Staaten.

In wenigen Tagen wird der neugewählte Präsident der Vereinigten Staaten Harding in einer Sonderbotschaft an den Kongress die Richtlinien darlegen, die für die Leitung der amerikanischen Außenpolitik im Laufe der nächsten Jahre maßgebend sein sollen.

Der Inhalt der Botschaft ist schon seit Monaten angekündigt. Zwei Fragen sind es, zu denen Harding sich grundsätzlich äußern will: Völkerbund und Versailles. Aus seiner Gegnerschaft gegen beide Verträge hat Harding nie ein Hehl gemacht, und es stand von vornherein fest, daß er seine Außenpolitik gegenüber Frankreich und Deutschland dementsprechend einstellen werde. Trotzdem haben die Entente-Mächte, und vornehmlich Frankreich, immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben, daß Amerika schließlich doch den Versailler Vertrag anerkennen und der Gesellschaft der Nationen beitreten würde. Einen letzten Versuch, um Harding in diesem Sinne zu beeinflussen, stellt die Entsendung eines französischen Sondergesandten, des ehemaligen Ministerpräsidenten Viviani, dar, von dessen staatsmännischer Gewandtheit und außergewöhnlicher rednerischer Überzeugungskraft man sich in Paris außerordentlich viel verspricht.

Vivianis Aufgabe war klar und deutlich: Der Sonderfriedensschluß zwischen Deutschland und Amerika sollte verhindert und die amerikanische Politik auf die alte gemeinsame Basis, den Versailler Vertrag, zurückorientiert werden. Das formale Hindernis bildete die bekannte Friedensentschließung des Senats Klor, die den Friedenszustand zwischen

den Vereinigten Staaten und Deutschland herzustellen will, ohne daß Amerika dem Versailler Vertrag beipflichtet. Inzwischen sollen alle Rechte, Verträge, Entschädigungen und Beteiligungen, zu denen die Vereinigten Staaten durch den Waffenstillstand verpflichtet seien, aufrecht erhalten bleiben. Alle Bemühungen Vivianis, die Washingtoner Regierung zur Ratifizierung des Friedensvertrages und des Völkerbunds zu überreden, sind jedoch, wie die französische Presse zu ihrer großen Enttäuschung offen eingestanden muß, vergeblich gewesen. Vivianis Mission ist in den Hauptpunkten gescheitert.

Auf der anderen Seite hat der französische Senatsrat in Washington verschiedene Zugeständnisse erreicht, deren Bedeutung in Deutschland leider vielfach unterschätzt wird. Während Wilson 1916 noch erklärte, daß kein besonderer Anlaß den Krieg herbeizurufen habe, sondern die Gesamtheit der Umstände der gegenseitige Abwogen bezüglich der Handlungen dieser und jener Regierung, die Verstrickung in Bündnisse und Verständigungen, kurzum das gegenseitige Mißtrauen, — bürdet Harding dem deutschen Volk die Alleinverantwortung auf. Diese Sinnesänderung der amerikanischen Regierung kam Viviani als Erfolg seiner Mission buchen.

Nicht ganz unbefriedigt ist auch das Zugeständnis der militärischen Unterstützung, falls ein neuer Angriff Deutschlands erfolgen würde. Eine bindende Zusage einer politischen oder militärischen Allianz mit Europa wird allerdings abgelehnt, doch soll der Friedensschluß eine Erklärung hinzugefügt werden, daß „für den Fall, daß die Zivilisation von neuem Gefahr laufen sollte, wie im Jahre 1914, die Vereinigten Staaten sich von dieser Gefahr sofort als bedroht ansehen und sich sofort mit allen anderen verständigen würden, die ebenfalls von dieser Gefahr bedroht sind.“

Endlich hat Viviani durchgesetzt, daß die amerikanischen Besatzungstruppen, die sogenannte Koblenzarmee, noch weiter in Deutschland verbleiben. Ganz ohne Erfolg wird Viviani also die Heimreise nach Paris nicht antreten, um so mehr, als er auch für den äußeren Erfolg seiner Mission sehr bejorgt ist.

Viviani will nämlich die Zeit bis zu seiner Heimreise in etwa 14 Tagen eine großzügige Propaganda für Frankreich in Amerika veranstalten und die öffentliche Meinung über die „Notlage Frankreichs“ aufklären. So erklärte er gelegentlich eines Festessens, das die Handelskammer von New York gab, daß Deutschland den 800 000 französischen Vertriebsmännern die Zahlung von Pensionen verweigere. Der Zweck dieser Propagandabesuche ist deutlich und klar zu erkennen. Das amerikanische Volk soll von der Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit der Sanktionen überzeugt werden und seinerseits die Regierung zu energischen Maßnahmen gegen Deutschland drängen, also damit Amerika wieder an die Seite seiner Alliierten bringen. Bei dem kalten, nüchtern berechnenden Sinn der Amerikaner jedoch ist, wenn auch von deutscher Seite die nötige Aufklärung über die wahre Haltung der Alliierten erfolgt, anzunehmen, daß Vivianis Mission auch in diesem Punkte scheitern wird.

daß Sie durch persönliche Rücksprache mit den Herren zum Ziel kommen werden.“

Fürst Ulrich lag auf den ersten Bänken des Hofes Ulrich von Engernheim, als er die heiligen Türen hinabstiegt. Er hatte zum ersten Male in seinem Leben wissentlich die Unwahrheit gesagt. Die Unwahrheit unter den härtesten und folgenschwersten Bedingungen. Er hatte die Unwahrheit sagen müssen. Die Wahrheit würde ein unglückliches Wesen, das ihm zu sehr vertraut hatte, vernichtet haben. Sicher wollte er selbst an seiner Unwahrheit zugrunde gehen.

XIV.

Der Frühling war da. Schon mit Ende des Monats hatten Fürst von Geyhof und die Seinigen Berlin verlassen und waren nach Menton zurückgekehrt. Die Beziehungen zwischen Alig und Ulrich hatten sich zu immer herzlicheren und vertrauteren geformt, die beiden liebten sich wahr und innig, und die öffentliche Verkündung ihrer Verlobung war eine Frage, die in wenigen Wochen entschieden werden sollte. Ulrich begegnete sich mit seinen künftigen Schwiegervater in dem Wunsch, nichts zu überbellen. Er hatte für die nächsten Wochen im Amt noch sehr zu tun, dann aber als Anerkennung seiner anstrengenden und wie er sich schmeicheln durfte, nicht erfolglosen Tätigkeit eine bedeutende Beförderung zu erwarten. Er behauptete nun, daß er den Ehrgeiz habe, erst nach dieser bevorstehenden Beförderung, wenn er eine einigermaßen nennenswerte Stellung im diplomatischen Dienste innehaben würde, Prinzessin Alig heimzuführen.

In Wahrheit fühlte er sich beunruhigt und bekümmert, so lange die Verhandlungen gegen die Dreibünde schwebten, und die Möglichkeit, daß er in diese Verhandlungen hineingezogen werden könnte, noch vorhanden war.

Die Unternehmung war zwar längst geschlossen, aber die öffentliche Verhandlung hatte immer hinausgeschoben werden müssen, da der Gerichtshof auf die wichtige Zeugin, Frau Gräfin Juliana von Sneed, nicht verzichten zu können erklärt hatte.

Gräfin Juliana war noch immer schwer leidend, der hartnäckige Diphtherie hatte ihre Kräfte erschöpft, und nur sehr langsam hatte sie sich während eines mehrwöchentlichen Aufenthaltes im Süden einigermaßen erholt. In den ersten Tagen des April zeigte sie Zeichen der ersten Besserung. Der Präsident Graf von Sneed hatte Gerichte an, daß er mit seiner Frau nach Berlin zurückgekehrt sei, und daß die Gräfin, obwohl sie sich noch sehr angegriffen fühlte und der äußersten Schonung bedürfte, sich dennoch bereit erklärte, mündlich der Vorladung als Zeugin Folge zu leisten.

Die öffentliche Verhandlung wurde nun förmlich angelegt.

Der Vorsitzende, der Staatsanwalt und die Verteidiger einigten sich darüber, das Bestreben der Angeklagten, ihre verbrecherischen Taten durch Sinecuren von Dingen, die mit dem Diebstahl nichts zu schaffen hatten, zu verwirren, kurzer Hand zu verwerfen, die schwer geschädigte leidende Frau Gräfin in jeder Weise zu schonen und die ganze Sache, die sonnenklar war, möglichst schnell und geräuschlos abzumachen.

Frankf.

„Warum sollen wir ihren Namen glorreich machen? Sie machen den Wert von der...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Und doch...“

Frankreich in Not und Not.

Warum denn so wild? — möchte man den Franzosen zureden. Sie haben doch auf der Londoner Konferenz ihren Willen durchgesetzt. Sie sind bei Düssel- dorf „glücklich“ über den offenen Rhein vorgedrungen. Sie machen neue Zollschranken und können den halben Wert von der deutschen Ausfuhr beschlagnahmen.

Und doch so unzufrieden? Und doch so wütend? Und doch diese Schmach- und Drohrede des Pariser Mi- nisterpräsidenten im fastigen Stille der Kaufbolde vom Markt?

Herr Briand kündigt uns armen Deutschen einen neuen Krieg bis auf's Äußerste an. Im Grunde ist das nichts anderes, als das Bekenntnis, daß die Franzosen nicht mehr glauben. Sie sehen, daß Deutschland durch die Besetzung der Rhein- und Ruhrgebiete sich nicht hat lange machen lassen. Sie ahnen mit Recht, daß der selbsterhaltende Tribut von 50 Proz. zu wenig einbrin- gen wird, weil die deutsche Ausfuhr die neuen Zoll- schranken meiden wird.

Frankreich braucht aber dringend Geld, viel Geld, um seinen zerstörten Haushalt halbwegs ins Gleichge- wicht zu bringen. Der Geldhunger war der Haupt- antrieb für die besondere Gesandtschaft, die man von Paris nach Amerika hat fahren lassen. Die Amerikaner sind sehr freigebig mit Komplimenten, aber ihre Dol- larscheine halten sie zugeknöpft. Sie wollen den Fran- zosen höchstens die noch schwebenden Schulden aus den Kriegsvorjahren auf ein weiteres Jahr stunden; aber wenn die Franzosen von einer Anleihe sprechen, so ver- schränkt sich der amerikanische Geldbeutel hinter diplomatische Freundschaften.

Mit diplomatischer Freundschaft wird ihnen zu verstehen gegeben, daß über eine internationale Anleihe vielleicht gesprochen werden könne, wenn Deutschland eine befriedigende Bürgschaft stelle.

Also für das geldbedürftige Frankreich ein neuer Antriebs, Deutschland zur Unterzeichnung des Will- kürlichkeits zu veranlassen.

Bisher hat man das auf dem Wege der Ein- schüchterung und der Gewalt versucht. Wenn sich nun herausstellt, daß der Terror das deutsche Huhn nicht zum Eierlegen bringt, so sollte man vernünftigerweise auf dem falschen Wege halt machen und wieder eine friedliche Verständigung mit dem deutschen Gläubiger anstreben. Aber nein. Das gestattet der gallische Grö- ßenwahn nicht. Die Franzosen bilden sich ein, sie seien die eigentlichen Sieger im Weltkrieg und hätten das Kommando in ganz Europa und den umliegenden Dör- fern.

In dieser Verblendung kommt nun noch, daß die Partei der Vernichter zur Zeit in Frankreich noch im Vordergrund steht. Hoch, Ruine und ihre ra- biaten Genossen betrachten die Finanznot als Neben- sache und halten unentwegt das Ziel im Auge, das deutsche Reich zu zertrümmern, möglichst viel davon zu okkupieren und zu annektieren, den Rest lebens- unfähig zu machen, also den alten und immer noch gefährlichen Erbfeind vollständig zu ruinieren. Briand und sein Ministerium brechen zusammen, wenn sie es mit diesen rabiaten Militaristen und Imperialisten ver- derben. Daher bleibt Briand auf dem Gerwege der gewaltsamen Exzessivität und erklärte mit Donner- stimmung im Parlament: Da die bisherigen Sanktionen nicht genügt haben, werden wir vom 1. Mai an die gepanzerte Faust auf Deutschland niederlassen lassen.

Was können die Franzosen machen? Sie haben freilich die Macht, weite und wichtige Teile Deutsch- lands zu besetzen. Aber damit kommen sie doch nicht zu dem baren Gelde, das Frankreich so dringend braucht. Und zu einer Anleihe kommen sie erst recht nicht, da bei einer derartigen Erneuerung des Waffen- krieges alle Geldbestände ihre Taschen und Trüben kampfschiffartig verschließen. Die Vernichtung Deutschlands ließe sich auf diesem Wege freilich erreichen, wenn nicht inzwischen die vernünftigeren Verbündeten dem tollen Treiben eine Schranke ziehen würden; doch die gewünschte Beute ist nicht zu holen. Auch nicht durch Beschlagnahme der Bergwerke, Fabriken, Eisen- bahnen und dergleichen; denn diese Produktionsmittel liefern einen Geldvertrag erst durch die geschickte Ver- waltung und durch die fleißige Arbeit der Belegschaften, und bei der Zwangswirtschaft durch Fremde wird der Betrieb schlechter und teurer, der Ertrag gering oder gleich Null.

Die „laufende Faust“ von Hoch und Briand würde also nur Schaden anrichten und keinen Profit bringen. Also würde das unvernünftige Zwischenspiel nicht lange dauern. Man müßte doch wieder verhandeln über einen erträglichen Ausgleich, und auf dieses Ende vom Lied haben auch die Amerikaner in ihren jün- gen Rundgebungen deutlich genug hingewiesen.

Demgemäß lassen wir uns durch das Aufbäumen der französischen Gewaltpolitik nicht aus der Fassung bringen. Ihr Grimm bestätigt nur, daß die Ein- mäßigung der vereinigten Staaten und überhaupt die Gesamtentwicklung auf neue Verhandlungen drängt.

Austausch.

Ein vortrefflicher Bauernvorschlag. Vor dem Kriege hat der Deutsche mit hohem Eifer und großartig ausgetauscht. Amerikanische Austausch- professoren wurden bestaunt, und Austauschländer son- nten sich in ihrer eitel empfundenen Bedeutung. Sogar nach Frankreich, wo man in Kinderherzen planmäßig das gegen alles Deutsche aufpeicherte, wurden un- sere kleinen Bericht. Manche Eltern waren freilich erstaunt, daß der Junge oder das Mädchen herbe Klagen über die Behandlung jenseits der Vogesen mit beim- trachte, während die jungen Franzosen in deutschen Dörfern verhältnismäßig worden waren. Uebersetzen blieb, daß die betreffende Vereinigung Frankreichs den Namen führte: Internationale Kinderaustauschgesellschaft zur Ausbreitung der französischen Sprache. Auch sonst war mancherlei dergleichen, was die derbe Sprache des Krie- ges inzwischen unkenntlich in Erinnerung gerufen und des Gedächtnisses der Unbegreiflichen entkleidet hat.

Hier soll nicht geprügelt werden, ob der Kinderaus- tausch, auch wenn man sich einer Ueberschätzung des Ge- dankens von Anfang an fernhält, zwischen Völkern von gleicher Kultur und verwandten Grundanschauungen nicht doch mancherlei Gutes stiften könnte. Hier soll vielmehr ein geförderter Austauschvorschlag nochmals unterzucht werden, der aus der Landwirtschaft für die Landwirtschaft gemacht worden ist, den Vorzug lei- chen Durchführbarkeit hat und schnell weitgehenden Nut- zen stiften kann. Geht man auf den Grundgedanken „Leb' in Liebe und nähr' dich redlich“ will er nichts als das Vaterland ernteden und mit den Söhnen Kenntnisse und Erfahrungen austauschen.

Steinheimer Lichtspiele.

Sonntag, den 17. April d. Js.

Das Porsische Drama

Vendetta

mit Pola Negri.

In schlichter Bauernart spricht der Landwirte-Ver- band Westphalens den außerordentlich wertvollen Ge- danken aus. Schon zu oft hat er gesehen, wie der Sohn nur erlernte, was zuvor auch der Vater erlernt hatte, und wie so nicht eben selten die Wirtschaft rech- nisch auf dem alten Fied blieb. Er stellt sich in Nach- richt, daß inzwischen das große Erziehungsmittel der Allgemeinen Wehrpflicht auf Feindesgeheiß wegfallen mußte. Da gilt es Ersatz zu schaffen und zu bessern. Hier der Wehrpflichtiger Ausweg:

„Um sein Wissen zu vervollständigen, um zuzulernen, deshalb muß der Haussohn aus der väterlichen Wirtschaft heraus, er muß in eine andere Wirtschaft hinein. Dori wird er nicht dummer, er lernt andere Menschen, andere Verhältnisse kennen und erlangt den Vorteil, den sein Vater durch die Dienstzeit beim Militär gehabt hat, wenig- stens zu einem gewissen Teil. Er lernt aber auch für die Landwirtschaft zu, denn eine Wirtschaft kann der anderen wohl äußerlich gleichen, aber innerlich können und werden sie weit verschieden voneinander sein. Bei der einen findet man Sparfamelei, die bis an die Weiz grenzt, in der anderen großzügige Auffassung, welche nicht nach den Kosten fragt, sondern nur auf das Endergebnis sieht. In der einen Landwirtschaft wird das Hauptgewicht auf die Viehwirtschaft gelegt, in der anderen werden Hackfrüchte und der Körnerbau bevorzugt. Deshalb schlägt unser Ver- band den Mitgliedern vor, die Hausöhne untereinander auszutauschen.“

Der Austausch soll nicht im Dorfe und nicht nur im Kreise vorgenommen werden, sondern ein Kreis soll dem anderen die Hausöhne abnehmen, und wer noch weiter hinaus in das Land will, auch dem soll dazu Gelegenheit gegeben werden.

Kosten entstehen bei einem solchen Austausch nur in ganz geringem Umfange, denn ob der Vater für seinen Sohn den Lebensunterhalt bestreitet oder für den Erbsch- mann, kommt auf dasselbe hinaus.

Man kann nur wünschen, daß dieser Gedanke recht viele Bauernöhne nachhaltig beschäftigen möge und bald zu entsprechenden Taten ansetze. Nord und Süd, Ost und West können sich auf solche Art näherkommen; sie geben und nehmen, bereichern und ergänzen sich. Ueber lichte Erinnerungen des einzelnen hinaus, über die der Jüngling bereits als Mann und Greis gern noch plaudern wird, teilt schon beim ersten Besuch der auch der landwirtschaftlichen Technik sichere Nutzen durch diesen Wehrpflichtiger Vorschlag, ohne dessen Durch- führung nur zu viele Hausöhne entweder von der heimischen Scholle nicht loskommen oder im dunklen Drang nach Neuem und Fernem der Landwirtschaft überhaupt verloren gehen. Auch der Reichs-Landbund ist bereit, der Verwirklichung des vortrefflichen Vor- schlags in jeder Art die Wege zu ebnen.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

Steinheim, 12. April.

Am Freitag, den 15. April beginnt der Unterricht des Sommerhalbjahres der gewerblichen Fortbildungsschule. (Siehe Anzeige in heutiger Nummer.)

Am Mittwoch, den 13. April beginnt der Unterricht in der Rektoratsschule.

Die Viehdiebstähle von der Weide und aus dem Stalle nehmen in erschreckender Weise zu. Wirklichen Schutz hiergegen bietet nur noch eine ausreichende Diebstahlversicherung. Auch die Verluste infolge Blutschlages, Lungenschwäche, Tuberkulose, Hirschgale, Lähmung, Bauchfell-, Darm-, Gehirns-, Rückenmark-, Enters-, Gebärmutter- und Lungenentzündung, Stachelgrabenverletzung, Anblähung, Klauengeschwüre, Knochen- bruch ufm. nehmen sich. Eine Weideversicherung gegen alle diese Schäden ist daher zweckmäßig und unerlässlich. Zur Uebernahme solcher Versicherungen empfiehlt sich die im An- hange mitgeteilte bereits über 31 Jahre bestehende allseitig belien- empfohlene Viehversicherungs-Gesellschaft „Galenia“-Godesberg, welche auch allgemeine Viehlebensversicherung für Pferde, Kühe und Schweine, Versicherung tragender Stuten, Gengst- und Bullen-, sowie Ergänzungs-Versicherung unzureichender Drastklaffen gewährt.

Der Wintenschlund der Bäume vollzieht sich jetzt, wie in jedem Jahre, mit der immer gleichbleiben- den Pracht. Aus den düster dreinschauenden Baum- riesen werden wunderbar aussehende hellgrün schim- mernde Gestalten, deren Äste sich im lauen Frühlings- winde wiegen. Groß und freundlich sehen sie auf die Menschen herab, deren sich auch, trotz aller frühen Zel- ten, eine festliche Stimmung beim Anblick der farben- prächtigen Natur bemächtigt. Obwohl alljährlich der Netz der wiedergrünenden und blühenden Natur uns gefangen nimmt, ist er uns doch immer wieder neu und belebender Kraft. Darum heraus aus der dumpfen Stube, wenn jetzt die Baumbäume bewundern sein wollen! Zwar heißt es noch bei Spaziergängen vor- sichtig sein, denn der April ist bekannt für seine Wet- terlaunen. Mag auch am Morgen die Sonne scheinen, am Nachmittag kann ein tüchtiger Regenschauer ein- setzen und der allzu lustig Gekleidete muß seinen Leichtsinn mit einem hartnäckigen Schnupfen büßen. Doch heißt es, den Mut nicht verlieren, denn nicht lange mehr dauert es, dann hält der Sommer seinen war- men Einzug.

Bratelsiel, 9. April. In einer der letzten Nächte überfielen 5 bewaffnete Einbrecher das Kolonial des Landwirts Hillemeier. Sie drangen in die Kammer des in der Nähe der Herde schlafenden Ruchts ein, hielten dem Ueberfallenen den Revolver auf die Brust und forderten ihn auf, ihnen das Schlafzimmer des H. zu zeigen. Unter der gewalttätigen

Steinheimer Lichtspiele.

Sonntag, den 17. April d. Js.

Das Porsische Drama

Vendetta

mit Pola Negri.

Drohung zeigte der Ruchts das Schlafzimmer. Der inzwischen erwachte Hillemeier gab einige Notschüsse ab, die von den Ein- dringlingen mit mehreren Salven erwidert wurden. Frau H. konnte aus dem Fenster springen und gellende Hilferufe in die nächtliche Dunkelheit ausstoßen. Bei dieser sich kritisch gestal- tenden Lage ergriß die Bande merkmals die Flucht.

Aus dem Ruchtsiel, 9. April. Eine Wette, die nicht nur einen grenzenlosen Appetit, sondern auch einen ganz „bodenlosen“ Magen verlangte, wurde zwischen einigen jungen Leuten ausgetragen. Es galt nämlich eine Leberwurst wie sie der Wirt im Laden verkauft, in der Länge von sage und schreibe 1 Meter in einer Stunde zu verzehren. Wohl war der Anfang glücklich gemacht, und Bissen um Bissen rutschte in den Magen hinunter, aber mit 79 Zim. war er voll, also Rst. 21 Zim. und dazu die Wette bezahlen, ferner noch: „Wer den Schaden hat...“ Die Frage, wie die Wette bekommen ist, lassen wir offen.

Kaiserin Auguste Viktoria gestorben.

W.T.B. Berlin, 11. April 1921.

Aus Haus Doorn ist folgendes Telegramm eingetroffen:

Ihre Majestät die Kaiserin ist heute früh um 6¹/₂ Uhr entschlafen.

Fußballklub „Ehrenfeld“.

Monats-Versammlung

am Mittwoch, den 13. April er.

Abends um 8 Uhr

bei Herrn Gastwirt Ferd. Hillebrandt.

1. Einziehen der Monatsbeiträge. 3. Verschiedenes.

2. Aufnahme neuer Mitglieder. Um vollständiges Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Briefstaben-Verein „St. Je. Botschaft“.

Am Donnerstag, den 14. April 1921

Abends 8.30 Uhr

im Vereinslokal (Bernhard Becker)

- Versammlung -

Tages-Ordnung:

1. Besprechung über die am Sonntag den 17. April

beginnenden Frlage.

2. Einziehung der Tauen.

3. Einziehen der Beiträge.

4. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erforderlich.

Der Vorstand.

Am Donnerstag, den 14. April er.

Nachmittags 1 Uhr findet zu Ditzbergen

im Saale des Herrn Gastwirts Berlich eine

Versammlung der Sozialen Konferenz

des Kreises Höpfer (Vereins für Volkswohl im Kreise Höpfer) statt. Zu derselben hält Herr Generalsekretär Brand aus Münster einen Vortrag über: „Die sozialpolitischen Aufgaben der Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsbeschädigten“.

Tages-Ordnung:

1. Berichtfassung über Fortbestand oder Auflösung des

Vereins.

2. Wahl: Neuwahl von Vorstandsmitgliedern.

3. Besprechung und Berichtfassung über Beiträge etc.

4. Entgegennahme neuer Beitrittsverträge.

Alle früheren Mitglieder des Vereins sowie alle Freunde

und Gönner der sozialen Sache sind herzlich eingeladen.

Im Auftrage des Vorstandes

Dr. Bremer,

Rechtsanwalt u. Notar.

Wir suchen 50 Zentner

Futter-Runkeln

zu kaufen.

Gebr. Becher, Steinheim.

Suche für sofort einen

Maschinenarbeiter

H. Hausmann, Steinheim.

Original Eckendorfer Runkelsamen

Futterzuder-Runkelsamen

Provencer Luzerne und Schwedenflee

offert billigt:

N. Kronenberg, Steinheim

Inh.: Max Cohn.

Ich empfehle in prima Qualität:

holl. geräucherten Sped p. Pfd. 14.50 M.

holl. do Schinken p. „ 14.50 M.

holl. gefalz. Sped u. Schinken 11.50 M.

untersucht und gestempelt.

Ferner

Schweineschmalz, weiß

Margarine gelb und weiß in verschie- denen Preislagen.

Richard Bächter, Steinheim.

Für Wiederverkäufer und Verbraucher!

Ich biete an:

• • Zigarren • •

aus rein Uebersee-Tabaken, Stück von 50 Pfennig an.

Zigarillos und Zigaretten in grosser Auswahl.

Durch Großeinkäufe und langjährige alte Verbindungen bin ich in der Lage, meinen w. Kunden wirklich Vorteilhafter zu bieten.

Wiederverkäufer erhalten entsprechenden Rabatt.

— Zigaretten zu Fabrikpreisen mit 1½ Prozent Skonto.

Zigarrenhaus L. Kremer

Steinheim i. Westf.  Bahnhofstrasse.

Landwirte und Hausbesitzer versehen Eure Gebäude mit wirksamen Blitzschutzanlagen

Ein Brand trifft heute den Besitzer ungleich schwerer wie früher! Durch außerordentlich günstige Einkäufe in Kupfer und sonstigem Material bin ich in der Lage, sehr preiswerte Angebote zu machen. Die Ausführung erfolgt nach den neuesten, wissenschaftlich-technischen Gesichtspunkten. Prüfung von Blitzableiter-Anlagen mittels eines Apparates neuester Konstruktion. Kostenanschläge und Projekte kostenlos!

E. Wegesin, Steinheim i. Westf.
Byrmonter-Straße — Fernsprecher Nr. 77.



Freiwillige Feuerwehr.
Sonntag, den 17. April
Nachmittags um 4 Uhr
im Saale des Kameraden-Hilfsbrand:
General-Versammlung.

Tagesordnung:

- 1) Jahresbericht.
 - 2) Rechnungslage.
 - 3) Aufnahme neuer Mitglieder.
 - 4) Neuwahl des Vorstandes.
 - 5) Verschiedenes.
- Um vollständiges Erscheinen (Uniform) ersucht

Der Vorstand.

Bekanntmachung!

Das Preussische Landesgetreideamt hat durch Verordnung vom 9. Februar verfügt, daß in Zukunft die Unternehmer von landwirtschaftlichen Betrieben zur Verarbeitung ihres selbstgemahlenen Hafers einer Mahl- oder Schrottkarte nicht mehr bedürfen. Diese Erleichterung gilt nur für Hafer eigener Ernte und nur für landwirtschaftliche Betriebe, nicht für Kaufhäuser. An den Bestimmungen, daß zur Verarbeitung von Gerste stets eine Mahl- oder Schrottkarte, zur Verarbeitung von Brotgetreide stets eine Mahlkarte notwendig ist und daß endlich die Verfütterung von Brotgetreide nach wie vor streng verboten bleibt, ist nichts geändert.

Der Kreisaußschuß zu Höxter.

Bekanntmachung!

Zur Vermeidung von Bestrafungen wird hierdurch auf nachstehende Bestimmung der Lokal-Polizei-Verordnung vom 23. April 1891 aufmerksam gemacht:

§ 1. Alljährlich, in der Zeit vom 15. April bis 31. Mai und vom 15. September bis 15. November einschließlich müssen die Tauben auf den Schlägen gehalten werden und dürfen dieselben in dieser Zeit nicht frei umherfliegen.

§ 2. Jede Zuwiderhandlung gegen die Vorschrift des § 1 wird mit Geldstrafe bis zu 9 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle Haft bis zu 3 Tagen tritt, bestraft.

Steinheim, den 10. April 1921.

Die Polizei-Verwaltung:
J. B.: Reineke.

Bekanntmachung!

Für das in der Zeit bis 30. April d. Js. zur Verteilung gelangende Petroleum ist vom Reichswirtschaftsminister folgende Preis festgesetzt: Die Kleinhandler dürfen das Petroleum ab Laden nicht höher als zu 6,50 Mk. das Liter und bei Lieferung frei Haus des Verbrauchers nicht höher als 6,65 Mark das Liter berechnen.

Steinheim, den 8. April 1921.

Der Bürgermeister: J. B.: Reineke.

Bekanntmachung!

Die monatliche Wahlkarten-Ausgabe findet am Freitag, den 15. April auf dem Magistratsbüro in der Zeit von 8—12 Uhr vormittags und von 2—4 Uhr nachmittags statt. Die vorgeschriebene Zeit ist genau innezuhalten.

Steinheim, den 11. April 1921.

Der Bürgermeister: J. B.: Reineke.

Städtische gewerbl. Fortbildungsschule.

Der Unterricht des Sommerhalbjahres beginnt am Freitag, den 15. April, nachmittags 6 Uhr. Die Anmeldung neu eintretender Schüler wird vom Leiter der Schule eine halbe Stunde vor Beginn des Unterrichts im Konferenzzimmer der Realschule entgegengenommen.

Zum Besuche der Schule sind verpflichtet alle hier beschäftigten Lehrlinge unter 18 Jahren, sowie alle männlichen Jugendlichen unter 18 Jahren, die seit 1918 die Volksschule verlassen haben in Steinheim wohnen, oder beschäftigt sind, sowie weitergehende wissenschaftliche Ausbildung genießen und nicht im persönlichen häuslichen Dienst beschäftigt sind. Auch die vorläufig eingestellten Lehrlinge sind innerhalb der 6 Tage der Lehrzeit anzumelden.

Für die Anmeldung ist ein vom Bürgermeisteramt oder vom Schulleiter zu holendes besonderes Formular zu benutzen, welches der Lehrling bzw. Arbeitgeber genau und vollständig ausfüllen muß.

Der Leiter:
R. J. Reineke.

Motorräder, Fahrräder, Zentrifugen etc.

repariert gut und billig:

F. Krome, bei W. Köster.

Ferner empfehle ich:

la Gummibereifung. Neue u. gebrauchte
Fahrräder dauernd auf Lager.
Reelle Bedienung. D. 6.

Gebrauchte eiserne Gewichte
Franz Schrader Nachfolger.

Kaufen Sie



Am 1. Juni d. J. wird eine neue Ausgabe des Reichs-Kursbuches zum Preise von 32.— Mark erscheinen. Bestellungen werden am Posthalter und durch die Briefträger von jetzt ab entgegengenommen.

Bekanntmachung!

Die Bedienung der städtischen Brückenwaage übernimmt mit dem heutigen Tage der Schuhmacher Anton Köster für Gollentalstraße Nr. 51.

Steinheim, den 8. April 1921.

Der Bürgermeister: J. B.: Reineke.

Besonders preiswertes Angebot!!!

Nur solange der Vorrat reicht.

Rohnessel, gute Ware p. Mtr. 6,90 Mk.

Rohnessel, la Ware p. Mtr. 9,80 Mk.

Gemdentuche Qual. III p. Mtr. 7,50 Mk.

" " II p. " 8,80 Mk.

" " I p. " 11,— Mk.

(Das Beste vom Besten).

la engl. Linon, feinfädige Ware
per Meter 12.— Mk.

Günstige Einkaufsgelegenheit für
Brautausstattungen.

S. Emmerich Wwe.

Gemüse-Mudeln
Suppen-Mudeln
Milchobst
Apfelschnitte
Pflaumen
Griesmehl

empfehlen:
Frz. Schrader Nachf.

Luzernsamen

offert billigst:
N. Kronenberg
Inh.: Max Cohn.

Eine Glucke
Juch. Julius Emmerich.

Haubennetze

einfach, extra groß,
12 mal 40 . . . 2 Mk.

Haubennetze

doppelt groß,
12 mal 40 . . . 3 Mk.

Stirnnetze . . . 4 Mk.

Haarunterlagen
in allen Facons und Preislagen.
Zöpfe . . .
in großer Auswahl am Lager.
Fritz Evers.